

Bericht und Abänderungsantrag

des Rechtsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 414) betreffend Wahlfreiheit bei der schulischen Ausbildung (Zahl 21 - 286) (Beilage 436).

Der Rechtsausschuss hat den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Wahlfreiheit bei der schulischen Ausbildung, in seiner 10. Sitzung am Mittwoch, dem 01. Juni 2016, beraten.

Landtagsabgeordneter Mag. Wolf, M.A. wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Mag. Wolf, M.A. den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Antrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska stellte diese einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Mag. Thomas Steiner, Mag. Christian Sagartz, BA, Mag. Christoph Wolf, M.A., Kollegin und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Wahlfreiheit bei der schulischen Ausbildung, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 01. Juni 2016

Der Berichterstatter:
Mag. Wolf, M.A. eh.

Der Obmann:
Dr. Rezar eh.

*Herrn
Präsidenten des Bgld. Landtages
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 1. Juni 2016

Abänderungsantrag

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár,
Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag 21 - 286 , welcher
abgeändert wird wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung des Burgenländischen Landtages vom betreffend Bildungsreform

Um auf den Menschen mit seinen jeweiligen Begabungen und Interessen eingehen zu können, ist eine bestmögliche schulische Betreuung in modernen Bildungsstätten die wesentliche Voraussetzung. Die Kraftanstrengung für beste Bildung muss im Klassenzimmer ankommen.

Das Burgenland ist in dieser Hinsicht schon jetzt Vorreiter und kann entsprechende Erfolge vorweisen: Schon beim Vorschulalter ist das Burgenland Rekordsieger mit der höchsten Betreuungsquote der 3- bis 5-Jährigen mit 98,0 %. Gleiches gilt bei den Maturanten mit der höchsten Maturantenquote Österreichs. Das Burgenland hat die Neue Mittelschule als eines der ersten Bundesländer flächendeckend eingeführt. Um die Bildung weiter zu verbessern wird derzeit das größte Schulinvestitionspaket in der Geschichte des Landes im Ausmaß von 111 Mio. Euro umgesetzt.

Bestmögliche Bildung erfordert aber fortlaufende Verbesserungen: Die Neuordnung der Regierungsressorts zu Beginn der aktuellen Regierungsperiode sorgt für kurze Entscheidungswege und raschere Reformen.

Gleiches erwarten wir auch von der Bundesregierung: Mehr Tempo bei der Bildungsreform. Die vor kurzem vorgestellte Bildungsreform der Bundesregierung ist ein wichtiger, aber kleiner Schritt nach vorne. Jetzt muss die Regierung den vielen Überschriften rasch die tatsächliche Umsetzung folgen lassen: Um die Kindergartenpädagogik wie angekündigt aufzuwerten und die ganztägigen Schulformen weiter auszubauen.

Wichtig bei allen Reformen im Bildungsbereich ist eine wissenschaftlich begründete Vorgangsweise. Zwei Bezirke des Burgenlands, Jennersdorf und Güssing, sind ohne ein eigenes Unterstufen-Gymnasium schon jetzt eine Modellregion, wie sie der Bund auch in anderen Bundesländern verwirklichen möchte. Durch wissenschaftliche Begleitung soll das Leistungsvermögen dieser Schülerinnen und Schüler, mit jenen von Altersgenossen in Unterstufen-Gymnasien verglichen werden.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit den Forderungen heranzutreten,

- Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Kindergartenpädagogen weiter aufgewertet werden,
- der Bund möge, wie schon jetzt teilweise in der 15a-Vereinbarung vorgesehen, das Angebot der ganztägigen Schulform weiter verbessern und dafür entsprechende Dienstposten zur Verfügung stellen,
- die bisherigen Dienstposten für die Neue Mittelschule weiter zur Verfügung zu stellen,
- die faktische Modellregion ohne Unterstufen-Gymnasium in den Bezirken Jennersdorf und Güssing wissenschaftlich zu begleiten und zu vergleichen und
- keine Umwandlung der Schulform ohne Einbindung und Befragung der Eltern, Lehrer und aller sonstigen Schulpartner zu vollziehen